



Plenarprotokoll

26. Sitzung

Donnerstag, 31. Januar 2013

Inhalt	Seite	Inhalt	Seite
Nachruf		Unterstützt der Senat die Mietrechtsnovelle im Bundesrat?	2394
Ehemalige Abgeordnete und Vizepräsidentin des Abgeordnetenhauses Inge Frohnert	2390	Katrin Schmidberger (GRÜNE)	2394
Erklärung des Präsidenten		Bürgermeister Michael Müller	2395
zum 80. Jahrestag der sogenannten „Machtergreifung“ Hitlers am 30. Januar 1933	2390	Katrin Schmidberger (GRÜNE)	2395
Mitteilungen des Präsidenten und Geschäftliches	2391	Bürgermeister Michael Müller	2395
Anträge auf Durchführung einer Aktuellen Stunde	2391	Daniel Buchholz (SPD)	2395
1 Mündliche Anfragen	2392	Bürgermeister Michael Müller	2396
gemäß § 51 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin		Abriss der Wohngebäude Wilhelmstraße 56-59 wurde dem Eigentümer bereits 2008 vertraglich zugesichert	2396
Wie sichert der Senat Selbstbestimmung und Selbstorganisation behinderter Arbeitgeber dauerhaft?	2392	Carola Bluhm (LINKE)	2396
Birgit Monteiro (SPD)	2392	Bürgermeister Michael Müller	2396
Senator Mario Czaja	2392	Carola Bluhm (LINKE)	2397
Birgit Monteiro (SPD)	2392	Bürgermeister Michael Müller	2397
Senator Mario Czaja	2393	Andreas Otto (GRÜNE)	2397
Regionallabel „VON HIER“	2393	Bürgermeister Michael Müller	2397
Claudio Jube (CDU)	2393	Lizenz zum Schießen für Neonazis im Land Berlin?	2397
Staatssekretär Alexander Straßmeir	2393	Oliver Höfinghoff (PIRATEN)	2397
Claudio Jube (CDU)	2394	Bürgermeister Frank Henkel	2398
Staatssekretär Alexander Straßmeir	2394	Oliver Höfinghoff (PIRATEN)	2398
Dr. Turgut Altug (GRÜNE)	2394	Bürgermeister Frank Henkel	2398
Staatssekretär Alexander Straßmeir	2394	Benedikt Lux (GRÜNE)	2398
		Bürgermeister Frank Henkel	2398
		Neustrukturierung des Bereichs Rechtsextremismusprävention/Demokratieförderung in der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen	2398
		Dr. Susanne Kitschun (SPD)	2398
		Senatorin Dilek Kolat	2399

3	Aktuelle Stunde	2411	Stefan Evers (CDU)	2431
	gemäß § 52 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin		Dr. Wolfgang Albers (LINKE)	2432
	Wie weiter mit der S-Bahn?	2411	Simon Kowalewski (PIRATEN)	2433
	(auf Antrag aller Fraktionen)		Ergebnis	2434
	in Verbindung mit		4.3 Priorität der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	2434
	Ausschreibung stoppen – die Zukunft der Berliner S-Bahn sichern	2412	23 a) Nein zum unsozialen Mietrechtsänderungsgesetz	2434
	Dringlicher Antrag der Fraktion Die Linke Drucksache 17/0790		Antrag der Fraktion Die Linke Drucksache 17/0774	
	Torsten Schneider (SPD)	2412	b) Mietrechtsänderungen der Länder unterstützen – Vermittlungsausschuss im Bundesrat anrufen	2434
	Stefan Gelbhaar (GRÜNE)	2413	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 17/0783	
	Ole Kreins (SPD)	2414	Katrin Schmidberger (GRÜNE)	2434
	Stefan Gelbhaar (GRÜNE)	2415	Iris Spranger (SPD)	2436
	Torsten Schneider (SPD)	2416	Katrin Schmidberger (GRÜNE)	2436
	Stefan Gelbhaar (GRÜNE)	2416	Iris Spranger (SPD)	2437
	Oliver Friederici (CDU)	2416	Uwe Doering (LINKE)	2437
	Harald Wolf (LINKE)	2418	Matthias Brauner (CDU)	2438
	Gerwald Claus-Brunner (PIRATEN)	2420	Ulker Radziwill (SPD)	2439
	Bürgermeister Michael Müller	2421	Matthias Brauner (CDU)	2440
	Gerwald Claus-Brunner (PIRATEN)	2424	Oliver Höfinghoff (PIRATEN)	2441
	Ordnungsruf für Gerwald Claus-Brunner (PIRATEN)	2425	Ergebnis	2442
	Gerwald Claus-Brunner (PIRATEN)	2425	4.4 Priorität der Fraktion Die Linke	2442
	Ergebnis	2425	27 Flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn – jetzt!	2442
4.1 und 4.2	Priorität der Fraktion der SPD und Priorität der Fraktion der CDU	2426	Antrag der Fraktion Die Linke, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Piratenfraktion Drucksache 17/0780	
26 a)	Spielhallen und Spielsucht eindämmen (I): Ansiedlung und Bestand von Café-Kasinos reduzieren ...	2426	Elke Breitenbach (LINKE)	2442
	Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU Drucksache 17/0777		Birgit Monteiro (SPD)	2443
	b) Spielhallen und Spielsucht eindämmen (II): Spielhallen intensiver kontrollieren und weiterhin illegales Glücksspiel bekämpfen	2426	Sabine Bangert (GRÜNE)	2444
	Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU Drucksache 17/0778		Dr. Niels Korte (CDU)	2445
	Daniel Buchholz (SPD)	2426	Alexander Spies (PIRATEN)	2446
	Benedikt Lux (GRÜNE)	2427	Ergebnis	2447
	Daniel Buchholz (SPD)	2427	4.5 Priorität der Piratenfraktion	2447
	Jutta Matuschek (LINKE)	2427	21 Berlin setzt sich ein gegen Korruption: Abgeordnetenbestechung wirksam bestrafen	2447
	Daniel Buchholz (SPD)	2427	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und der Piratenfraktion Drucksache 17/0772	
	Dirk Behrendt (GRÜNE)	2428	Dr. Simon Weiß (PIRATEN)	2448
	Daniel Buchholz (SPD)	2429	Sven Kohlmeier (SPD)	2448
	Dirk Behrendt (GRÜNE)	2430	Dr. Simon Weiß (PIRATEN)	2450

	Sven Kohlmeier (SPD)	2450		Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE)	2466
	Dirk Behrendt (GRÜNE)	2450		Björn Eggert (SPD)	2468
	Sven Rissmann (CDU)	2451		Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE)	2468
	Oliver Höfinghoff (PIRATEN)	2452		Tim-Christopher Zeelen (CDU)	2468
	Sven Rissmann (CDU)	2452		Simon Kowalewski (PIRATEN)	2470
	Katrin Möller (LINKE)	2452		Ergebnis	2472
	Ergebnis	2453	9	Ausweisung von Liegenschaften der Berliner Forsten in Brandenburg als Windeignungsgebiete	2472
5	Dreizehntes Gesetz zur Änderung des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes	2453		Antwort	
	Beschlussempfehlung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales vom 21. Januar 2013			Drucksache 17/0767	
	Drucksache 17/0779			auf die Große Anfrage der Piratenfraktion	
	zur Vorlage – zur Beschlussfassung –			Drucksache 17/0490	
	Drucksache 17/0254			Ergebnis	2472
	Zweite Lesung		10	Für die Stärkung demokratischer Grundrechte und Werte in der EU – auch in Ungarn!	2472
	Ergebnis	2453		Beschlussempfehlung des Ausschusses für Europa- und Bundesangelegenheiten, Medien vom 12. Dezember 2012	
6	Staatsvertrag über die abschließende Aufteilung des Finanzvermögens gemäß Artikel 22 des Einigungsvertrages zwischen dem Bund, den neuen Ländern und dem Land Berlin (Finanzvermögen-Staatsvertrag)	2453		Drucksache 17/0728	
	Vorlage – zur Beschlussfassung –			zum Antrag der Piratenfraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke auf Annahme einer Entschließung	
	Drucksache 17/0770			Drucksache 17/0567	
	Erste Lesung			Dr. Gabriele Hiller (LINKE)	
	Ergebnis	2454		[zu Protokoll gegeben]	2472
7	Gesetz über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum	2454		Frank Zimmermann (SPD)	
	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen			[zu Protokoll gegeben]	2473
	Drucksache 17/0781			Anja Schillhaneck (GRÜNE)	
	Erste Lesung			[zu Protokoll gegeben]	2474
	Katrin Schmidberger (GRÜNE)	2454		Hildegard Bentele (CDU)	
	Iris Spranger (SPD)	2455		[zu Protokoll gegeben]	2474
	Uwe Doering (LINKE)	2455		Fabio Reinhardt (PIRATEN)	
	Matthias Brauner (CDU)	2457		[zu Protokoll gegeben]	2475
	Oliver Höfinghoff (PIRATEN)	2458		Ergebnis	2476
	Ergebnis	2458	13	Berlin lehnt das Schwarzgeldabkommen mit der Schweiz ab	2476
8	Netzwerk Kinderschutz sichern, weiterentwickeln und nicht durch Personalabbau und Kürzungen gefährden!	2458		Beschlussempfehlung des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Verbraucherschutz, Geschäftsordnung vom 5. Dezember 2012 und Beschlussempfehlung des Hauptausschusses vom 16. Januar 2013	
	Große Anfrage der Fraktion Die Linke			Drucksache 17/0763	
	Drucksache 17/0719			zum Antrag der Fraktion Die Linke auf Annahme einer Entschließung	
	Katrin Möller (LINKE)	2459		Drucksache 17/0009	
	Senatorin Sandra Scheeres	2460		Ergebnis	2477
	Katrin Möller (LINKE)	2463			
	Björn Eggert (SPD)	2465			

(Dirk Behrendt)

schussvorsitzende, hat noch im letzten Jahr gegen jede Idee, hier gesetzgeberisch tätig zu werden, polemisiert und gespottet und gesagt, er wolle nicht aus dem Strafgesetzbuch ablesen müssen, ob er ein oder zwei Brötchen bei einem Empfang essen könne. Es hat aber offenbar auch bei ihm ein Bewusstseinswandel stattgefunden, denn im Herbst letzten Jahres hat er angekündigt, man könne sich relativ schnell einigen und diesem Umstand abhelfen. Allerdings ist von ihm und der CDU-Bundestagsfraktion auch nach einer sehr konstruktiven Anhörung im Bundestagsrechtsausschuss bisher nichts gekommen, sodass die Befürchtung im Raum steht, dass das in dieser Legislaturperiode nichts mehr wird. Das ist sehr bedauerlich.

Auch die Schützenhilfe der deutschen Industrie, die sich zwischenzeitlich im Ausland dafür schämen muss, dass sie darauf angesprochen wird, dass die Bundesrepublik diese Antikorruptionsstandards noch nicht umgesetzt hat, und deshalb an die Bundeskanzlerin appelliert hat, dem endlich abzuhelfen, was den „Tagesspiegel“ zu dem Titel veranlasste „Unternehmen schämen sich für die Regierung“ – das kommt auch nicht alle Tage vor, dass sich die deutsche Industrie für eine CDU-FDP-Regierung schämt. Aber vielleicht gibt das Anstoß, auch an Ihre Kollegen im Bund weiterzugeben, dass hier dringend Abhilfe geboten ist.

Zuletzt zu dem Gesichtspunkt, den Kollege Kohlmeier angesprochen hat, was die konkrete Formulierung angeht. Der Justizminister von Nordrhein-Westfalen, von der rot-grünen Landesregierung, ist gerade dabei, einen neuen Gesetzesentwurf zu erarbeiten. Es gibt die Gesetzentwürfe meiner Bundestagsfraktion, der Bundestagsfraktion der SPD und der Bundestagsfraktion der Linken, sodass wir tatsächlich Diskussionsstoff haben. Das können wir in den Ausschüssen vertiefen. Dort können wir uns auch angucken, was aus Nordrhein-Westfalen kommt. Wir haben uns an der Stelle zurückgenommen, weil wir nicht der Meinung waren, wir wüssten alles besser als die Bundestagsfraktionen der Linken, der SPD, der Grünen und das Justizministerium in Nordrhein-Westfalen. Wir können uns das gern alles angucken und können dann den Antrag konkret, wenn wir uns darauf verständigen, zuspitzen und sagen, Berlin möge die Initiative aus Nordrhein-Westfalen unterstützen. Wir Grünen halten das für überfällig. Wir wollen nicht, dass der Eindruck entsteht, kapitalkräftige Gruppen könnten sich die ihnen genehme Politik kaufen –

Vizepräsident Andreas Gram:

Sie müssten bitte zum Ende kommen!

Dirk Behrendt (GRÜNE):

Mein letzter Satz, Herr Präsident! –, sondern wir wollen alle Politiker immer wieder daran erinnern, wem sie al-

lein verpflichtet sind – nämlich ihren Wählerinnen und Wählern. – Ich danke Ihnen!

[Beifall bei den GRÜNEN und den PIRATEN –
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN]

Vizepräsident Andreas Gram:

Für die Fraktion der CDU erteile ich jetzt dem Kollegen Rissmann das Wort.

Sven Rissmann (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Opposition verfolgt das Anliegen, die Strafbarkeit der Abgeordnetenbestechung bundesgesetzlich neu zu regeln und den Tatbestand der Vorschrift zu erweitern. Die Rede des Kollegen Dr. Behrendt war gefüllt von den Begriffen Bundestagsfraktion, Bundestag, Bundestagsdebatte, Bundestagsanhörung. Ich darf noch ergänzen, schon im November 2012, vor wenigen Monaten, hat die Herbstkonferenz der Justizminister beschlossen, dass die Neureglung des hier einschlägigen § 108e StGB überfällig ist. Nordrhein-Westfalen – das ist schon angesprochen worden – betreibt eine in diese Richtung gehende Bundesratsinitiative. Das können wir natürlich hier zum Anlass nehmen, auf dieses Thema aufzusatteln und uns hier in Berlin eine Meinung zu bilden. Wenn Sie offensichtlich, lieber Kollege Dr. Behrendt, lieber Kollege Dr. Weiß, erwartet haben, dass ich breit ausführe, weshalb ich gegen dieses Anliegen bin, muss ich Sie enttäuschen. Ich persönlich stehe dem Anliegen, die Abgeordnetenbestechung neu zu regeln, offen gegenüber.

[Beifall von Sven Kohlmeier (SPD) –
Christopher Lauer (PIRATEN): Aber?]

– Es kommt kein Aber. – Dafür sprechen meines Erachtens die Argumente, die zum Teil schon vorgetragen worden sind. – Lieber Kollege Kohlmeier! Ich glaube, wir bringen die ein bisschen aus dem Konzept. Die sind immer so in einem Rollendenken verhaftet. Jetzt passiert nicht das, womit sie gerechnet haben, und jetzt wissen sie nicht, wie sie damit umgehen sollen.

[Christopher Lauer (PIRATEN): Wer sind „sie“,
Herr Rissmann?]

Dafür spricht meines Erachtens die Notwendigkeit, erkennbare Strafbarkeitslücken durch die Neujustierung und die neue Bewertung, was strafwürdig ist, zu schließen.

Vizepräsident Andreas Gram:

Herr Kollege Rissmann! Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Höfinghoff?

Sven Rissmann (CDU):

Da kann ich nicht nein sagen. – Bitte!

Vizepräsident Andreas Gram:

Da kann er nicht nein sagen. – Bitte schön!

Oliver Höfinghoff (PIRATEN):

Das ist aber nett, Kollege Rissmann! – Womit Sie uns jetzt tatsächlich aus dem Konzept bringen könnten, ist nicht die Fortführung dieses Redebeitrags, sondern eine Ansage, dass die Koalition diesen Antrag mit unterstützt und entsprechend abstimmt.

[Dr. Wolfgang Albers (LINKE): Aber so weit geht es denn ja nun doch nicht!]

Sven Rissmann (CDU):

Moment, Moment! Der Kollege Kohlmeier hat doch ausgeführt, dass die Koalition offen ist, dieses Vorhaben zu begleiten. Das machen wir im Rechtsausschuss ganz in Ruhe, wir schauen es uns an.

[Christopher Lauer (PIRATEN): Aber warum können wir denn nicht gleich abstimmen?]

Im weiteren Verlauf meiner Rede werden Sie sehen, dass es einige Aspekte gibt, über die man diskutieren und sehen muss, wie man damit vernünftig umgeht.

Ich darf noch drei Punkte nennen, warum es in der Tat richtig ist, es auf Bundesebene anzugehen, die Frage der Abgeordnetenbestechung neu zu regeln. Die deutschen Regelungen müssen an internationale Standards angeglichen werden. Das ist überfällig. Es gibt einen Widerspruch, auf den der Antrag hinweist, dass nämlich ausländische Mandatsträger diesbezüglich hier in Deutschland strafrechtlich anders behandelt werden als deutsche Mandatsträger. Diesen Widerspruch muss man auflösen. Grundsätzlich gilt es, auch damit ein Zeichen gegen Korruption zu setzen und das Vertrauen der Bürger in seine Vertreter und die Politik insgesamt zu erhöhen.

Worüber man reden muss, Kollege Höfinghoff, ist – das ist meines Erachtens die eigentliche Herausforderung – die Umsetzung. Das ist eine handwerkliche Frage, wie man das gestalten kann. Man muss in einem ersten Schritt die Frage beantworten, in welchem Bereich zwischen der derzeitigen Regelung von § 108e StGB auf der einen Seite und der Strafbarkeit von Amtsträgern wegen Vorteilsnahme, Bestechlichkeit – §§ 331 ff StGB – andererseits man die Strafbarkeit verschieben will. Ich denke, eine unreflektierte Übernahme der Vorschriften §§ 331 ff. StGB auch für Abgeordnete scheint mir so nicht überzeugend, weil da die Besonderheiten des Mandats nicht ausreichend berücksichtigt werden würden. Eine Verschiebung in die Richtung der Strafbarkeit scheint mir allerdings geboten, das habe ich hoffentlich schon zum Ausdruck gebracht.

Im Detail wird sich daran die Frage anschließen, über die wir dann im Rechtsausschuss auch mal zu reden haben werden, wie Besonderheiten des Mandats zu berücksichtigen sind, also: Was soll im Einzelfall zulässig sein und wo soll strafbares Unrecht anfangen? Dass diese Frage dann doch schwierig zu beantworten ist, zeigt ja schon der Umstand, dass in dieser Legislaturperiode drei Anträge auf Verschärfung der Strafbarkeit der Abgeordnetenbestechung im Bundestag gescheitert sind; die sind schon angesprochen worden. Man wird also die Frage beantworten müssen, was zulässiges, notwendiges und auch gewolltes sozial adäquates Verhalten eines Abgeordneten ist bzw. sein soll. Ich denke, diese Frage muss der Gesetzgeber genau regeln, was er als strafbar erachtet in diesem Bereich und was eben nicht. Ein weiter Tatbestand mit Rechtsbegriffen an der Grenze der Bestimmtheit, dessen Ausfüllung man dann den Gerichten im Rahmen der Rechtsprechung anheimstellt, scheint mir aus grundsätzlichen Erwägungen falsch, weil er das Gefüge der Gewaltenteilung, das Gleichgewicht der Staatsgewalten berühren würde. Auf dieses und viele weitere Fragen und Probleme sachgerechte Antworten zu finden, wird Aufgabe des Bundesgesetzgebers sein. Dennoch freue ich mich, diese interessante Debatte in unserem Berliner Rechtsausschuss mit Ihnen fortsetzen zu dürfen. – Vielen Dank!

[Beifall bei der CDU –
Vereinzelter Beifall bei den PIRATEN]

Vizepräsident Andreas Gram:

Vielen Dank, Kollege Rissmann! – Für die Fraktion Die Linke erteile ich der Kollegin Möller das Wort. – Bitte sehr, Frau Kollegin!

Katrin Möller (LINKE):

Sehr verehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Darum geht es ja genau, diese doch recht komplizierte Rechtsproblematik endlich auch hier im Land Berlin zu besprechen. Um das Image der sogenannten Berufspolitikerinnen und Berufspolitiker steht es sehr schlecht. Wir gelten als faul, überbezahlt, sind an allem schuld und mitunter korrupt. Umso wichtiger ist es, dass die Grundlagen unseres Arbeitens klar nachvollziehbar sind. Das sind sie aktuell nicht, und es geht genau darum, dem Abhilfe zu schaffen.

[Beifall bei der LINKEN, den GRÜNEN und den PIRATEN]

Wir können auch gerne noch mal zur Verdeutlichung von der Bundesebene hier ins Abgeordnetenhaus zurückkommen. Wenn mich beispielsweise die Firma Veolia dafür bezahlt, dass ich mich in meiner Fraktion gegen die Rekommunalisierung der Wasserbetriebe einsetze, dann ist das nicht strafbar – weder für mich noch für denjenigen, der mich bezahlt.

[Christopher Lauer (PIRATEN): Das machen die?]